

**Berichterstatter: StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüsçh**

- 1) A 8 – 3733/2009-11 Voranschlag der ordentlichen Gebarung 2010 einschließlich Wirtschaftsplan der GGZ, der GPS und der Wirtschaftsbetriebe
- 2) A 8 – 3733/2009-12 Haushaltsanalyse 2010

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsçh**: Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin, Magistratsdirektor, hoher Gemeinderat, auch von meiner Seite einen schönen guten Morgen auch an die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie! Mein Hobby und mein Ausgleichssport ist das tägliche Laufen und ganz sicher nicht Spielverderber in den Budgetverhandlungen zu sein.

Mir ist bewusst, dass jedes Regierungsmitglied zunächst einmal Anwalt und Anwältin seines oder ihres Ressorts ist.

Mir wäre es am liebsten, wenn alle Projekte und Ideen, die wir alle hier für unsere Stadt haben, umgesetzt werden könnten.

Wir haben aber auch eine Gesamtverantwortung für die Stadt, für alle Bürgerinnen und Bürger und vor allem auch für die Zukunft.

Diese beiden Positionen sind nicht immer einfach unter einen Hut zu bringen, sodass Budgetverhandlungen sehr oft und sehr hart geführt werden, vor allem wenn es darum geht, Projekte aus Gründen mangelnder Finanzierbarkeit nicht oder jedenfalls nicht jetzt umsetzen zu können.

Die Konsolidierung kann nur gelingen, wenn alle Verantwortlichen neben ihren spezifischen Aufgaben auch die gemeinsame Finanzierungsverantwortung wahrnehmen.

Das Ergebnis ist jedenfalls ein notwendiges Budget der Vernunft. Und es ist unser gemeinsames Budget, es ist nicht nur das Budget des Finanzstadtrates, sondern der gesamten Regierung mit Bürgermeister Siegfried Nagl und Vizebürgermeisterin Lisa Rücker an der Spitze und auch, die Zustimmung hier vorausgesetzt, des Gemeinderates. Eben unser gemeinsames Budget für unsere Stadt.

Und es ist eine wunderbare Stadt mit einer hervorragenden Lebensqualität.

Die Präsentation der jüngsten Erhebungen zu den Lebensqualitätsindikatoren vor wenigen Wochen hat gezeigt, wie hoch die Lebensqualität von den Bürgerinnen und Bürgern eingeschätzt wird:

92 % der Grazerinnen und Grazer leben sehr gerne beziehungsweise gerne in Graz, 80 % der Grazerinnen und Grazer sind davon überzeugt, dass die Lebensqualität in Graz viel besser oder jedenfalls besser ist als in anderen Städten und knapp 70 % sind der Meinung, die Lebensqualität in Graz ist in den letzten fünf Jahren gleich geblieben oder hat sich verbessert.

Damit bin ich auch schon bei der Notwendigkeit zu sparen. Wir sind in Graz in allen Bereichen Gott sei dank auf einem so hohen Niveau, dass Sparphasen Graz nicht auf das Niveau eines Entwicklungshilfelandes drücken werden, auch wenn die zahlreichen Untergangskommentatoren so tun, als wenn etwa jede Einsparung bei der Straßenerhaltung die flächendeckende Ausstattung mit Geländefahrzeugen in Graz notwendig machen würde.

Wir haben eben größtenteils sehr gute Straßen, wir haben eine reibungslos funktionierende Müllabfuhr ebenso wie eine zeitgemäße Trinkwasserversorgung, eine moderne Abwasserentsorgung mit einer auf höchstem technischen Niveau ausgebauten neuen Kläranlage, ein sehr gut ausgebautes ÖV-Netz.

Bei Kindergartenplätzen haben wir eine Bedarfsdeckung von über 90 %. Die großen Investitionen im Schulbereich mit deutlichem Ausbau der Nachmittagsbetreuung seien ebenso genannt wie die großen Anstrengungen, die im Bereich der Integration unternommen werden.

Graz ist das eindeutige wirtschaftliche Zentrum der Steiermark, sowohl was die Zahl der Unternehmen als auch jene der Beschäftigten betrifft.

Ich will hier nicht ein rosiges, sondern ein realistisches Bild unserer Stadt zeichnen, als Gegengewicht zu den doch recht zahlreichen Untergangspropheten und -kommentatoren.

Aber natürlich gibt es gerade durch die schwierige wirtschaftliche Entwicklung auch große Probleme, so steigt leider die Zahl der armutsgefährdeten Menschen deutlich an. Hier haben wir uns daher auch zu einer klaren politischen Schwerpunktsetzung bekannt.

In der Versorgung mit Kinderkrippenplätzen haben wir noch einiges zu tun. Die Wünsche und Notwendigkeiten im Bereich der Infrastruktur sind ebenfalls vielfältig und berechtigt.

Aber dennoch: Um das hohe Niveau von Graz - für das es in der Vergangenheit natürlich auch gewaltige finanzielle Anstrengungen gegeben hat, um dieses Niveau zu erhalten, braucht es die Budgetkonsolidierung, damit wir die entsprechenden finanziellen Spielräume für den Erhalt und den weiteren Ausbau der Lebensqualität auch in der Zukunft sichern können.

Wir haben nicht nur im Bereich der Infrastruktur, und hier darf ich auf Straßenbahnausbauten, auf die Stadthalle, Kunsthaus, Literaturhaus, Dom im Berg, Lift im Berg, Murinsel, neue Stadtbüchereien, Kläranlage, Übertragungswohnbauten, Flughafen, Straßenausbau- und -sanierung nennen, also nicht nur im Bereich der Infrastruktur, sondern wir haben auch bei den Sozialleistungen ein besonders hohes Niveau erreicht.

Dieses Niveau hat seine Spuren im Budget hinterlassen und muss nun durch die nunmehrige Konsolidierung abgesichert und für die zukünftigen Generationen gesichert werden.

Nach wie vor müssen wir Schulden aufnehmen, nicht nur um weitere Investitionen finanzieren zu können, sondern auch Teile unserer laufenden Ausgaben.

Ziel der Konsolidierung ist es, bis spätestens 2015 die laufende Gebarung ausgeglichen zu gestalten. Dazu sollen die Eckwerte in Summe nominell auf dem Wert von 2008 eingefroren werden. Der vorgegebene Investitionsrahmen von 200 Millionen Euro in der Zeit von 2011 bis 2015, dazu kommen noch die Investitionen nach dem Verkehrsdienstvertrag für die Grazer Verkehrsbetriebe in Höhe von 125

Millionen Euro von 2011 bis 2015, und dieser Investitionsrahmen ist strikt einzuhalten.

Die Bedeutung der außerordentlichen Gebarung mit diesen Investitionen für den Standort Graz kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die AOG ist nämlich der investive Teil des Budgets, der auch wieder private Investitionen auslöst und damit den Wirtschaftsstandort und die Arbeitsmarktsicherheit sowie die Funktion der Stadt unterstützt und stärkt.

Die AOG ist gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise ein wichtiger Impuls für die Arbeitsplätze.

Die Stadt wird der stärkste Einzelinvestor der nächsten Jahre sein. Mit diesen Investitionen, ich wiederhole es, werden Arbeitsplätze geschaffen und gesichert und zukunftssträchtige Infrastruktur errichtet.

Ich darf Ihnen nun einige Erläuterungen zu den Eck- und Kennzahlen des Budgets anhand folgender Abbildungen geben: Zunächst hier in Abbildung 1 der formale Teil, der offizielle Teil, das Budget ist statutengemäß ab 30. November 2009 aufgelegt zur Einsicht, es gab insgesamt 15 Einsichtnahmen, eine Steigerung um nahezu das Doppelte gegenüber den früheren Jahren und es gibt eine Zahl der Erinnerungen von zwei, ich werde auf diese Erinnerungen dann im Schlusswort kurz eingehen, die zweite Erinnerung ist nämlich erst heute in der Früh eingelangt und ich hatte noch keine Zeit, sie durchzulesen.

Wir kommen damit zur Abbildung 2, das Budgetvolumen:

Das Budgetvolumen steigt von 893 Millionen Euro auf 942 Millionen Euro 2010, insgesamt also um 49 Millionen Euro.

Diese Differenz entspricht, und das ist, Zufall, genau die Nettoschuldaufnahme übers Budget. Die Ausweitung ist, wie Sie sehen, ausschließlich durch die AOG, also durch das Investitionsbudget, bedingt. Die ordentliche Gebarung reduziert sich um insgesamt 17 Millionen Euro.

Die wichtigsten Veränderungen von 2009 auf 2010 sind: Einmal die Investitionsschwerpunkte: Wir werden im nächsten Jahr große Investitionsraten zur Realisierung des Nahverkehrsknotens Hauptbahnhof haben, für Hochwasserschutzmaßnahmen, für das Bad Eggenberg, für den Hauptsammlerentlastungskanal, Wohnungssanierungen, ÖV-Maßnahmen, Rad- und Fußgängerverkehr. Diese Maßnahmen schaffen Beschäftigung zur richtigen Zeit. Zweite wichtige Veränderung ist die Ausweitung gesetzlicher Pflicht- und Ermessensausgaben in den politischen Schwerpunkten in der schwarz-grünen Koalition, nämlich Soziales, Kinderbetreuung und Jugendwohlfahrt, Nachmittagesbetreuung in den Schulen, Integration und erstmalig ein Projektpaket für unsere Universitäten. Ein dritter Veränderungsgrund ist die Verschiebung des Investitionsanteils vom Verkehrsdienstvertrag von der OG in die AOG.

Zur Abbildung 3:

Wie stark die Budgeterstellung 2010 von der Wirtschaftskrise belastet wird, zeigt diese Abbildung: Im Oktober 2008 wurden für nächstes Jahr, also 2010, noch 270 Millionen Euro Einnahmen aus den Ertragsanteilen erwartet, derzeit sind es nur noch 235 Millionen Euro, also um 35 Millionen Euro weniger.

Wer die Budgetverhandlungen miterlebt hat, weiß, wie kreativ man sein muss, um oft nur wenige € 100.000,-- einsparen zu können. Und nun müssen wir innerhalb eines Jahres gleich mit 35 Millionen Euro weniger Einnahmen auskommen.

Gott sei Dank sieht es derzeit nicht danach aus, aber wenn uns eine derartige Einnahmeneinbuße im Jahr 2011 nochmals trifft, dann müssen wir die Budgetkonsolidierung jedenfalls neu definieren.

Erfreulich ist, dass sich erstmals alle Staaten beim letzten EU-Gipfel vergangenen Freitag in Brüssel für eine Finanztransaktionsteuer ausgesprochen haben. Diese Steuer soll einerseits die Finanzmärkte stabilisieren und damit wirtschaftliche Krisen, wie wir derzeit eine haben, in Zukunft verhindern helfen, andererseits aber auch zusätzliche Einnahmen für die so dringende Herstellung des Gleichgewichts in den Budgets bringen. Für Österreich könnte eine derartige Steuer Zusatzeinnahmen von bis zu 2 Milliarden Euro pro Jahr bringen.

Viel weniger erfreulich ist, dass bisher ausschließlich in Großbritannien die Begrenzung von Bonuszahlungen an Bankmanager eingeführt wurde, um deren Risiko- und Spekulationsbereitschaft auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren. Wann kommt es hier zu einem so dringenden Gleichklang aller EU-Staaten und der anderen großen Wirtschaftsmächte?

Die im Koalitionsabkommen festgelegte Zweitwohnsitzabgabe ist in Anbetracht der für den gesamten Ballungsraum Graz zu finanzierenden Aufgaben der Stadt als auch hinsichtlich des Wegbrechens der Ertragsanteile besonders hervorzuheben.

Knapp 40.000 Personen haben einen Zweitwohnsitz in Graz. Viele Bewohner mit Zweitwohnsitz arbeiten, studieren und leben fast ununterbrochen hier und nehmen unsere Leistungen in Anspruch. Die Aufwendungen für diese Leistungen werden der Stadt aber nicht abgegolten, da wir aus dem Finanzausgleich nur für Personen mit Hauptwohnsitz Ertragsanteile bekommen, nämlich rund € 800,- pro Person und Jahr. Die Zweitwohnsitzabgabe, wie sie zum Beispiel auch in Kärnten eingehoben wird, würde diesen Einnahmefehl wenigstens teilweise kompensieren.

Viel bedeutender aber ist, dass sie einen Anreiz für die Zweitwohnsitzbevölkerung setzt, ihren Hauptwohnsitz in Graz anzumelden.

Allein bei zehntausend Ummeldungen wären das zusätzliche Einnahmen in Höhe von rund acht Millionen Euro pro Jahr.

Im Koalitionsabkommen ist auch eine Mobilitätsabgabe, eine Nahverkehrsabgabe und Stellplatzabgabe erwähnt. Die Vereinbarung dazu lautet, dass über diese Abgabe in dieser Gemeinderatsperiode mit dem Land verhandelt wird, jedoch die Einführung nicht in dieser Gemeinderatsperiode erfolgt.

Wir kommen zur Abbildung 4:

Diese Abbildung zeigt die Eckwerte nach den einzelnen Regierungsressorts. Die Eckwertbudgetierung ist, wie erwähnt, ein wesentlicher Kern der Konsolidierung. Bis jedenfalls 2012 sollen die Eckwerte von 2008 in Summe beibehalten werden.

Eckwerterhöhungen 2010 gegenüber 2008 ergeben sich im Ressort der Stadträtin Elke Edlinger, sie ist für Soziales zuständig, Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg durch Jugendwohlfahrt und Kinderbetreuung, Stadträtin Sonja Grabner durch die Nachmittagsbetreuung in den Schulen und Bürgermeister Siegfried Nagl, neu seit 2010, wie erwähnt, ein Projektpaket für die Universitäten.

Durch diese Eckwertüberschreitungen können die Schwerpunkte der Koalition weiter beibehalten werden. Allerdings führt am Einbremsen des Ausgabenwachstums in diesen Bereichen kein Weg vorbei. Es wird in Zukunft die grundsätzliche gesellschaftspolitische Frage zu stellen sein, ob wir die Ansprüche einer Gratisgesellschaft, die wir geworden sind, nicht zurückschrauben müssen. Und ob nicht mehr finanzielles und/oder helfendes Engagement der BürgerInnen erforderlich sein wird, um so manche öffentliche Leistung auf derzeitigem Niveau halten zu können (*Applaus ÖVP*).

In allen anderen Ressorts konnten die Eckwerte von 2008 entweder gehalten oder sogar unterschritten werden.

Insgesamt werden wir im nächsten Jahr die Eckwertsumme von 2008 um 10,4 Millionen Euro oder 2,8 % überschreiten. Salopp ausgedrückt: Wir sind demnach um 2,8 % von Konsolidierungskurs abgewichen, haben aber das Kursziel natürlich bei dieser geringen Abweichung nach wie vor klar vor Augen.

Abbildung 5 zeigt die konsolidierte Finanzschuld der Stadt Graz.

Im gesamten Haus Graz werden die konsolidierten Nettoschulden um 88 Millionen Euro steigen, davon werden 49 Millionen Euro über das Budget der Stadt Graz aufgenommen, 39 Millionen über die Beteiligungen.

Die Neuverschuldung im Budget entspricht, wie erwähnt, der Budgetausweitung gegenüber 2009, bedingt durch die genannten Investitionsimpulse, den Anstieg von vor allem gesetzlichen Pflichtausgaben und des Einnahmerückganges bei den Ertragsanteilen. Die Neuverschuldung der Beteiligungen in Höhe von 39 Millionen Euro zeigt, wie wichtig es für die Budgetkonsolidierung ist, in Hinkunft nicht nur die Einnahmen und die Ausgaben der Stadt, sondern auch jene unserer Beteiligungen in

mittelfristiger Perspektive zu steuern. Das ist ein weiterer Reformschwerpunkt der Neuordnung des Hauses Graz.

Der wichtigste Beitrag zur mittelfristigen Budgetkonsolidierung ist nicht Gegenstand dieses Stückes, sondern wird heute erst später im Rahmen der Tagesordnung behandelt, es ist die Neuorganisation des Hauses Graz. Ohne die tiefgreifenden Reformen, die wir mit dem heutigen Beschlussstück des Hauses Graz festlegen, werden wir keine Budgetkonsolidierung auf Dauer zustande bringen.

Abbildung 6, und das ist die letzte Abbildung, zeigt, dass Graz die Schuldenentwicklung seit 2006 schon relativ besser im Griff hat als im Durchschnitt aller österreichischen Gebietskörperschaften.

Die Schulden des Gesamtstaates, das ist der Bund, alle Länder, Wien als Land und Gemeinde, und alle Gemeinden, diese Schulden wuchsen von 2006 bis 2010 um 32 %, in Graz hingegen um 17 %, also um rund die Hälfte weniger.

Dabei weisen wir unsere Finanzschuld seit vielen Jahren immer konsolidiert aus.

Jene des Gesamtstaates hingegen sind nicht konsolidiert, das heißt, es fehlen in dieser Darstellung die Schulden zum Beispiel der ÖBB und der ASFINAG beim Bund, aber auch etwa jene der KAGES beim Land Steiermark.

Hoher Gemeinderat! Ich möchte mich gerne zum Abschluss meiner Ausführungen bei all denjenigen bedanken, die bei der Budgeterstellung mitgeholfen und mitverhandelt haben.

Angefangen bei der Finanzdirektion und deren Leiter Dr. Karl Kamper sowie Michi Kicker als unser bekannter Mister Budget, aber auch allen Abteilungsleitern und Abteilungsleiterinnen sowie allen Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung (*Applaus ÖVP*).

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle den vorstehenden Informationsbericht betreffend „Haushaltsanalyse 2010“ zur Kenntnis nehmen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herzlichen Dank. Meine geschätzten Damen und Herren! Wir haben ja Redezeiten für den Gemeinderat erst vor kurzem beschlossen, wir haben dann versprochen, dass wir auch eine elektronische Zeiterfassung einbauen, das ist zu einem sehr guten Teil jetzt auch schon geglückt, ein paar Kleinigkeiten sind noch zu adaptieren, möchte mich auch bei der Nachrichtenabteilung und den Herren der Feuerwehr ganz, ganz herzlich bedanken, dass das jetzt schon geschehen ist. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, es sind elektronische Geräte eingebaut worden, sowohl bei der Feuerwehr, als auch bei der Schriftleitung, als auch bei mir, und am Rednerpult sind diese Uhren angebracht. Wir haben darüber hinaus auch auf Grund der Tatsache, dass wir einen Kollegen haben, der blind ist, einen akustischen Signalton, eine Minute bevor die Rednerzeit um ist, ertönt ein Summton, wenn er dreimal ertönt, ist die Rednerzeit vorbei, dann wird auch ein Licht aufleuchten, das im Moment da draufgestellt wurde, damit auch alle Kolleginnen und Kollegen sehen, dass die Zeit vorbei ist. Der Herr Stadtrat Rüschi hat sich innerhalb der Zeit bewegt, deswegen konnten wir Ihnen das noch nicht vorführen, aber ich bin sicher, dass das heute noch passieren wird.